

Nr. 17/479

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wirtschaftsstraftaten konsequent verfolgen – Verjährung verhindern
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. September 2008
(Drucksache 17/524)
2. Geschichte der DDR im Unterricht an Schulen im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. September 2008
(Drucksache 17/525)
3. Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. September 2008
(Drucksache 17/526)
4. Situation der Krankenhauspflege im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 19. September 2008
(Drucksache 17/543)
5. Sperrung von Webseiten mit kinderpornografischem Inhalt
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. September 2008
(Drucksache 17/549)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 11. November 2008
(Drucksache 17/610)
6. Bericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Stopp der Jugendgewalt“
Mitteilung des Senats vom 23. September 2008
(Drucksache 17/552)
7. Nutzung der Fernwärme im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. September 2008
(Drucksache 17/555)

Nr. 17/480

Folgender Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen:

Energiewirtschaftsbericht vorlegen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. August 2008
(Drucksache 17/519)

Nr. 17/481

Fragestunde

1. Verbesserung des Mutterschutzes EU-weit
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Doris Hoch, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Oktober 2008
2. Fachkräfte in Wohneinrichtungen für Erwachsene mit Behinderungen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 14. Oktober 2008
3. Wildwuchs illegaler Wettbüros
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Oktober 2008
4. Aktionsprogramm „Kindertagespflege“
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Oktober 2008
5. Deichertüchtigung in Bremerhaven zwischen Geeste und Sportbootschleuse Neuer Hafen zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 24. Oktober 2008
6. Umzug eines therapieunwilligen Sexualstraftäters in das Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 24. Oktober 2008
7. Drogenbekämpfung in den Justizvollzugsanstalten des Landes Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 24. Oktober 2008
8. Barrierefreier Einstieg auch bei Ryanair
Anfrage der Abgeordneten Horst Frehe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Oktober 2008
9. Verwendung der zurückgestellten Regionalisierungsabgaben
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. Oktober 2008
10. Förderung der Beteiligung an der Europawahl
Anfrage der Abgeordneten Ulrike Hiller, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 5. November 2008

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/482

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag des Abgeordneten Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, des Abgeordneten Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD und der Abgeordneten Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.:
„90 Jahre Frauenwahlrecht“.
2. auf Antrag der Abgeordneten Paul Bödeker, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Bremerhavener Strukturwandel sonntags geschlossen – Senat muss zusätzliche Sonntagsöffnungen ermöglichen“.

Nr. 17/483

Auswirkungen der Finanzkrise auf die Wirtschaft des Bundeslandes Bremen

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 16. Oktober 2008
(Drucksache 17/577)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/484

Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft bekämpfen – Landespolitische Konsequenzen ziehen

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 4. November 2008
(Drucksache 17/595)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/485

Beratungsbedarf der Bürgerinnen und Bürger aufgrund der Finanzmarktkrise gerecht werden

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. November 2008
(Drucksache 17/598)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sicherzustellen, dass die Verbraucherzentrale für die verbleibenden zwei Monate des Jahres 2008 und für das Jahr 2009 finanziell so ausgestattet wird, dass sie den stark angestiegenen Beratungsbedarf hinreichend bewältigen kann.
2. Zur Gegen- bzw. Mitfinanzierung dieser zusätzlichen Kosten wird der Senat gebeten, Gespräche mit den in Bremen und Bremerhaven aktiven Geldinstituten mit dem Ziel aufzunehmen, dass sich diese durch Einzahlung an einem zu bildenden „Beratungsfonds“ beteiligen, um somit ihren Beitrag zur Vertrauensrückgewinnung bei den Kundinnen und Kunden zu leisten.

Nr. 17/486

Maßnahmenkatalog zur Stabilisierung des Finanzmarktes

Mitteilung des Senats vom 11. November 2008
(Drucksache 17/608)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/487

Konsequenzen aus der Finanzkrise ziehen, politische Handlungsfähigkeit stärken

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. November 2008
(Drucksache 17/612)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass
 - a) eine tiefgreifende Reform der Finanzmärkte umgesetzt wird, der Finanzsektor sich auf die Erbringung von Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft konzentriert und die Banken einen höchstmöglichen Beitrag zur Lösung der Finanzkrise leisten sowie

- b) die Erbringung angemessener Gegenleistungen und Verpflichtungen der Banken strikt kontrolliert wird.
2. Der Senat wird gebeten sicherzustellen, dass das Land Bremen von einem Investitionssonderprogramm des Bundes insbesondere im Bereich der Infrastruktur profitiert, ohne dadurch finanziell überfordert zu werden.
3. Der Senat wird aufgefordert, sich für den Erhalt des Drei-Säulen-Modells des deutschen Finanzsystems (Geschäftsbanken, Volks- und Raiffeisenbanken, Sparkassen und Landesbanken) einzusetzen und sicherzustellen, dass die Bremer Landesbank in ihrer Rechtsstruktur erhalten bleibt und nicht durch Fehlspekulationen anderer Landesbanken gefährdet wird.
4. Der Senat möge der Bürgerschaft (Landtag) zur nächsten Sitzung darlegen, welche bereits beschlossenen Investitionen des Doppelhaushalts 2008/2009 gegebenenfalls vorgezogen werden können, um die Wirtschaftsentwicklung durch Nachfrage zu stützen.
5. Der Senat wird gebeten,
 - a) bei den im Land ansässigen Kammern spezifische Beratungsangebote zur Unterstützung von KMU beim Zugang zu notwendigen Kapitalmitteln einzufordern,
 - b) sich auf Bundesebene für eine Verbesserung des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes (Verbraucherberatung) einzusetzen und
 - c) der Bürgerschaft (Landtag) kurzfristig zu berichten, welche Maßnahmen zum Schutz von KMU und Verbrauchern/Verbraucherinnen mit welchen Wirkungen im Land Bremen ergriffen wurden.

Nr. 17/488

Perspektiven der Reinigungsdienste

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. November 2008
(Drucksache 17/599)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 11. November 2008

(Drucksache 17/611)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Anstalt für Immobilienaufgaben ihre Arbeit aufnimmt, ein Konzept für die Zentrale Organisation der Reinigung zu erarbeiten;
2. die Auslastung der Reinigungskapazitäten der Anstalt für Immobilienaufgaben sicherzustellen. Die entsprechenden Vorschläge sind der Bürgerschaft (Landtag) zu den Haushaltsberatungen 2010/2011 vorzulegen;
3. der Bürgerschaft (Landtag) über die ergriffenen und geplanten Maßnahmen bis zum März 2009 zu berichten.

Nr. 17/489

Gesetz zur Gründung einer Anstalt für Immobilienaufgaben

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2008
(Drucksache 17/459)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/490

Gesetz zur Gründung einer Anstalt für Immobilienaufgaben

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 10. November 2008
(Drucksache 17/604)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drs. 17/459 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 17/491

Europäische Dienstleistungsrichtlinie – Chancen nutzen, Risiken minimieren

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 11. Juli 2008
(Drucksache 17/487)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. Oktober 2008

(Drucksache 17/582)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/492

Transparenz bei Beratungsverträgen herstellen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 22. Juli 2008
(Drucksache 17/493)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 17/493

Erfolgsbilanz der B.E.G.IN nach zehnjähriger Tätigkeit

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. August 2008
(Drucksache 17/500)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. September 2008

(Drucksache 17/557)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/494

Gesetz zur Änderung des Bremischen Nichtraucherchutzgesetzes

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 13. August 2008
(Drucksache 17/506)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit.

Nr. 17/495

Gesetz zur Änderung des Bremischen Nichtraucherschutzgesetzes (BremNiSchG)

Antrag der Fraktion der CDU

vom 11. November 2008

(Drucksache 17/605)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit.

Nr. 17/496

Vierter Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2000 bis 2008

Mitteilung des Senats vom 26. August 2008

(Drucksache 17/515)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

